

Piraten für Transparenz

Behörden Die Rufe nach einem Gesetz zur Informationsfreiheit werden auch in Baden-Württemberg lauter. *Von Andreas Müller*

Die grün-rote Landesregierung gerät unter Druck, das im Koalitionsvertrag versprochene Gesetz zur Informationsfreiheit auf den Weg zu bringen. Nach der FDP hat auch die Piratenpartei in Baden-Württemberg einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Zugleich warf sie dem zuständigen Innenminister Reinhold Gall (SPD) vor, er habe wenig Interesse an mehr Transparenz bei den Behörden und setze die Koalitionsvorgabe nur widerwillig um. Der Südwesten ist eines von fünf Bundesländern, die den offenen Zugang zu amtlichen Informationen noch nicht gesetzlich geregelt haben.

Wie der Landesvorsitzende Martin Eitzenberger und weitere Sprecher vor Journalisten sagten, geht der Entwurf der Piraten deutlich über den der FDP hinaus. Während diese vor allem auf das Bundesgesetz zur Informationsfreiheit verwiesen hatten, habe man selbst ein detailliertes Paragrafenwerk erarbeitet. Dies sei notwendig, um den Informationsanspruch der Bürger auch tatsächlich zu gewährleisten. In den Entwurf seien auch Ideen des Hamburger Transparenzgesetzes eingeflossen, das als eines der fortschrittlichsten gilt. So will die junge Partei auch Unternehmen, die ganz oder teilweise dem Land gehören, unter die Auskunftspflicht stellen.

Die Piraten kritisierten, die Koalition sei „hinter ihrem Versprechen zurückgeblieben“. Fragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz würden stets mit dem Hinweis beschieden, es komme im nächsten halben Jahr. Dabei müssten vor allem die Grünen ein hohes Interesse an mehr Transparenz bei den Behörden haben, weil diese die Voraussetzung für die angestrebte verstärkte Beteiligung der Bürger sei.

Für unbegründet halten die Piraten die Sorge, die Behörden würden durch die Auskunftspflicht über Gebühr belastet. Der „anfänglich höhere Vollzugsaufwand“ werde später erfahrungsgemäß durch Kostenersparnisse bei Rechtspflege und Justiz ausgeglichen. „Richtig gemachte Transparenz“ könne auf Dauer zu einer Entlastung führen. Wenn sich das Gesetz weiter verzögere, kämen als Alternative Regelungen auf kommunaler Ebene in Betracht. In Bayern, wo die CSU seit langem blockiere, hätten mehrere Dutzend Städte und Gemeinden – darunter auch München – Satzungen zur Informationsfreiheit erlassen.

Die CDU im Land lässt ihre Haltung bisher offen. Man werde sich entscheiden, sobald ein Gesetzesentwurf vorliege, hieß es. Diesen hat Gall für dieses Jahr angekündigt. Die Verzögerung begründete er mit anderen Vorhaben in seinem Ressort.